

NEWSLETTER
des Arbeitskreises

SPD FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Umwelt
energie
ländliche Räume

AUSGABE 03/2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

auch im Jahr 2020 war das Thema Klimaschutz der rote Faden unserer Arbeit im AK Umwelt, Energie und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion. Dabei geht es neben Maßnahmen vor Ort auch um globale Gerechtigkeitsfragen, um Nachhaltigkeit und Fairness im internationalen Handel. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Frage und zieht sich durch alle unsere Lebensbereiche. Deshalb konnten die Fragen der Klimapolitik auch von der Corona-Pandemie und ihren schwerwiegenden Auswirkungen auf uns alle nicht überdeckt werden.

Auch wenn die Corona-Pandemie vor allem einschlägige Auswirkungen auf die Bereiche Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Soziales hatte, haben auch wir ihre Folgen zu spüren bekommen. Für uns alle war dieses Jahr ein Jahr im Ausnahmezustand. Unsere Alltagsroutine wurde ordentlich durchgerüttelt. Eine echte Normalität ist noch nicht in Sicht.

Normalerweise würden wir im letzten Newsletter des Jahres von unseren Haushaltsanträgen und -debatten berichten. Doch auch dies ist in diesem Jahr anders. Den Haushalt diskutieren wir erst Anfang des kommenden Jahres. Natürlich werden wir dann auch in unserem Newsletter ausgiebig davon berichten.

Statt gemeinsamer Sitzungen gibt es nun Video-Konferenzen; Termine vor Ort waren, wenn überhaupt, nur im Sommer möglich. Trotzdem haben wir viel Unterstützung erfahren, hatten intensive fachliche Austausche und einfach nette Momente. Vielen Dank dafür!

Natürlich werden wir uns auch im neuen Jahr weiterhin intensiv für unsere Umwelt einsetzen. Wir bleiben mit Freude und großem Engagement an unseren Themen dran!

Bis wir uns wiedersehen – ob online oder wieder persönlich - wünschen wir Ihnen und Ihren Familien schöne Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das neue Jahr!
Bitte bleiben Sie gesund!

Ihr Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume



(v.l.n.r.):
Mareike Overbeck,
Sandra Redmann,
Kirsten Eickhoff-
Weber,
Stefan Weber,
Thomas Hölck,
Marie Strake,
Kerstin Metzner

Foto:
Felix Deutschmann

Weihnacht 2020 – Zeit für mehr Nachhaltigkeit

Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete

Die Weihnachtszeit naht und die Gedanken kreisen in diesem Jahr besonders intensiv ums Fest. Seit Wochen testen wir nun schon die Nachhaltigkeit unserer Beziehungen im Lockdown. Die Shoppingmeilen können uns kaum noch ein wirkliches Einkaufserlebnis offerieren. Beim Online-Shopping häuft sich der Abfallberg. Eigentlich möchte der überwiegende Anteil der Menschen in unserem Land gern nachhaltig leben. Wäre es nicht genau die richtige Zeit, in diesem Jahr einmal konsequent damit anzufangen?

Ein Beispiel: Im Frühjahr hatten die schleswig-holsteinischen Gärtnereien eine ganz neue Erfahrung gemacht: Die Kunden und Kundinnen fragten gezielt nach einheimischer Ware. Erstmals konnten sich die schleswig-holsteinischen Lieferanten dem Preisdruck der großen Ketten widersetzen.

Warum also Weihnachtsgeschenke von der anderen Seite der Erde bestellen, wenn man den Händler um die Ecke sogar persönlich kennt und individuelle Beratung bekommt? Die regionalen Handwerker*innen und Künstler*innen bieten überall schöne Produkte an. Viele lokale Restaurants liefern das Weihnachtsmenü nach Hause. Wenn wir in diesem Jahr ganz bewusst regional und nachhaltig kaufen, leisten wir alle einen Beitrag dazu, auch im nächsten Jahr noch belebte Innenstädte mit einer Vielfalt von Läden und Restaurants vorzufinden.

Beim Shoppen können wir einen bewussteren Blick aufs Etikett werfen. Ein alter Spruch sagt: „Wer billig kauft, kauft teuer.“ Das Label „Grüner Knopf“ steht bei Textilien dafür, dass diese unter anspruchsvollen ökologischen und sozialen Standards produziert wurden. Insgesamt muss ein Produkt, um mit den Grünen Knopf versehen zu werden, 46 Sozial- und Umweltstandards erfüllen. Die Anforderungen sollen in der Zukunft auf alle Produktionsschritte in der Lieferkette ausgedehnt werden. Ein höherer Preis zahlt sich hier häufig durch längere Haltbarkeit aus.

Auch Discounter bieten inzwischen fair gehandelte Produkte an. So sind Fair Trade Siegel unter anderem auf Kaffee, Schokoladen oder Weihnachtsgebäck zu finden. Die Produktpalette ist inzwischen so vielfältig geworden, dass es sich lohnt, ganz gezielt nach fair und nachhaltig produzierten Waren Ausschau zu halten!

Das wäre doch eine ganz besondere Weihnacht 2020: regional, nachhaltig und ökologisch!



Lebensmittelverschwendung

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagabgeordnete

Im September dieses Jahres wurde im Landtag über das Thema Lebensmittelverschwendung debattiert. Der SSW hatte einen Antrag zum Thema „Containern legalisieren“ gestellt.

Der Zeitpunkt war besonders glücklich: denn vom 22. –29.9.2020 fand die bundesweite Aktionswoche „Deutschland rettet Lebensmittel“ vom Bündnis „Zu gut für die Tonne“ statt.

Wir als SPD haben uns klar positioniert. Für uns sind Lebensmittel eine Herzensangelegenheit!

Schauen wir uns die Zahlen der Verschwendung an – ob in der Urproduktion, in der Verarbeitung, im Handel, in der Gastronomie oder in privaten Haushalten - ist das vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Ernährungsgerechtigkeit nur schwer zu ertragen. Daher haben wir 2018 im Landeshaus eine Veranstaltung mit allen Akteur*innen gemacht. Wir haben 2018 und 2019 fundierte, zielführende Anträge im Landtag gestellt – die regierungstragenden Jamaika-Fraktionen haben daraufhin windelweiche Alternativanträge gestellt und beschlossen.



Die Jamaikaner können sich nicht auf eine entschiedene, kraftvolle Linie zur Lebensmittelrettung einigen. Ihnen fehlte sogar die politische Kraft, das Thema in den Ausschuss zu überweisen! Und auch unsere Haushaltsanträge für eine Strategie in der Ernährungswirtschaft wurden in den letzten Jahren abgelehnt, ohne dass Alternativen entwickelt wurden. Mit Jamaika werden wir die Lebensmittelverschwendung in Schleswig-Holstein also nicht aufhalten!

Containern legalisieren! Darüber debattierten wir bereits im Juni 2019. Wir hatten u.a. den Antrag gestellt, endlich rechtliche Rahmenbedingungen für das Containern zu schaffen. Dazu konnte sich Jamaika nicht durchringen und hat lediglich einen Prüfauftrag beschlossen. Mittlerweile hat das Bundesverfassungsgericht zwar bestätigt, dass das Containern, also das Retten von unverdorbenen Lebensmitteln aus dem Abfall der Supermärkte, Diebstahl ist. Das Bundesverfassungsgericht hat aber gleichzeitig ausdrücklich angemahnt, dass es politischer Entscheidungen bedarf! Es sei grundsätzlich Sache des Gesetzgebers, den Bereich strafbaren Handelns festzulegen.

Bereits im Juni 2019 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag den Minister aufgefordert zu prüfen, „ob das geltende Strafrecht oder das Strafverfahrensrecht einer Anpassung bedarf, um die kollidierenden Interessen von Nachhaltigkeit und Eigentumsschutz im Falle der Inbesitznahme von weggeworfenen, noch verzehrtauglichen Lebensmitteln in einen angemessenen Ausgleich zu bringen“.

Wir hatten gehofft, dass uns Minister Albrecht die Ergebnisse seiner Prüfung vortragen und im besten Falle auch seine Bundesratsinitiative präsentieren würde. Allerdings deutete schon der Alternativantrag von Jamaika darauf hin, dass wieder nichts passiert ist.

Die Landesregierung hat beim Thema Lebensmittelverschwendung nichts voran gebracht. Daher danken wir ausdrücklich allen, die sich engagieren, die ganzen Jahre über, aber auch in der Aktionswoche 2020: den Landfrauen, der Milcherzeugervereinigung, der Verbraucherzentrale, ZuTat aus Kiel, allen Lehrenden

und Lernenden in Schulen und KiTas im ganzen Land. Sie wollen wir in ihrem Engagement unterstützen, ihre Arbeit honorieren! Wir brauchen Kraft und Entschiedenheit, wir brauchen Forschung, Plan, Strategie und die nötigen rechtlichen Rahmen.

Und wir brauchen eine Nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft: ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert. Und zur Nachhaltigkeit gehört eben auch, dass Schluss ist mit der Verschwendung von Lebensmitteln – auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette – so wie es auch die farm-to-fork-Strategie der EU fordert.

Daher sind wir zuversichtlich, dass mit der Überweisung in den Umwelt- und Agrarausschuss und der dort im Oktober beschlossenen Anhörung, dafür gesorgt wird, dass das Thema Lebensmittelverschwendung auch in Schleswig-Holstein mit der nötigen Vehemenz angegangen wird. Wir bleiben dran!

Tierheime in Schleswig-Holstein brauchen uns

Stefan Weber, SPD-Landtagsabgeordneter

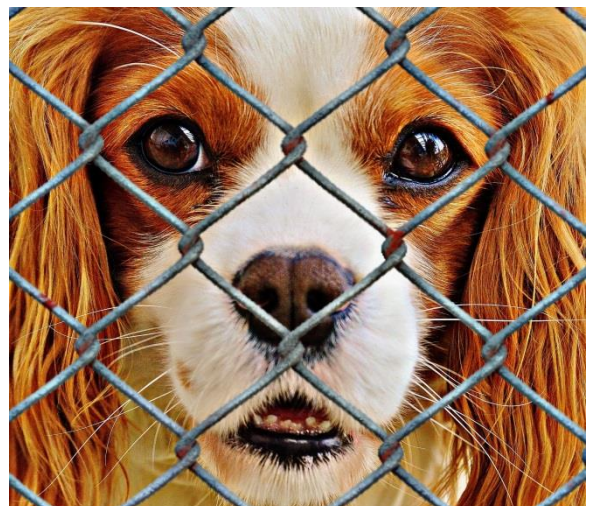
Der Tierschutz ist als Staatsziel in Artikel 20 a Grundgesetz aufgeführt und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, derer wir uns annehmen müssen.

Mit diesem Satz beginnt die Begründung zu unserem Antrag „Neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren für Schleswig-Holstein erlassen“ (Drs. 19/2610), den wir im Dezember ins Plenum eingebracht haben.

Hintergrund dieses Antrages ist, dass Schleswig-Holstein derzeit über keine gültige Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren verfügt. Diese Erkenntnis war ein zentrales Ergebnis der mündlichen Anhörung im Agrar- und Umweltausschuss im Oktober dieses Jahres zum Antrag der SPD-Fraktion „Tierheimen effizient helfen“ vom 7. Januar 2020 (Drs. 19/1916). Die Notwendigkeit einer solchen Regelung haben die Fachverbände und die kommunalen Spitzenverbände den anwesenden Abgeordneten deutlich ins Stammbuch geschrieben.

Unsere Tierheime kommen auch auf Grund der Corona-Pandemie immer mehr in Not. Es gehen weniger Spenden ein und die Tiere können nicht mehr so schnell vermittelt werden, da potenzielle neue Tierbesitzer nicht mehr so einfach in die Heime kommen können, um sich für das eine oder das andere Tier zu entscheiden.

Erschwerend ist auch, dass zurzeit skrupellose Händlerbanden, gerade im Süden von Schleswig-Holstein, über das Internet Hunde- und Katzenwelpen anbieten. Diese Tiere sind häufig viel zu früh vom Muttertier getrennt worden, selten geimpft und nicht selten schwer krank. Gültige Papiere oder Impfpässe gibt es nicht oder sie sind gefälscht. Meistens merken die Käufer dies erst zu Hause und so landen viele dieser Tiere im Tierheim und müssen dort ärztlich intensiv behandelt und lange Zeit von den Tierpfleger*innen aufgepäppelt werden. Leider sind die wenigsten dieser kleinen Lebewesen noch zu retten, aufgegeben werden sie von den engagierten Tierheimmitarbeiter*innen aber nicht.



Innerhalb von 28 Tagen, die momentan als Richtwert für die Erstattung der Kosten durch die Kommunen gelten, ist eine Vermittlung jedenfalls nicht zu schaffen.

Positiv für die Tierheime ist, dass der Bund im November ein Corona-Hilfsprogramm für Tierheime aufgelegt hat. Es fließen bundesweit insgesamt 5 Millionen Euro, um die Tierheime bei der Versorgung der Tiere zu unterstützen. Wenn wir jetzt noch eine neue Fundtierrichtlinie in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen, die den Tierheimen und den Kommunen als Grundlage für neue Versorgungsverträge dient, sind wir in Sachen Tierschutz in unserem Land einen großen Schritt weiter.

Bitte denken Sie/Ihr alle daran, wer sich für ein Tier entscheidet, übernimmt sehr lange Verantwortung für dieses Geschöpf. Das kann man nicht einfach wieder abgeben, aussetzen oder an der nächsten Autobahnraststätte ablegen.

Fazit: Haustiere verschenkt man nicht mal eben so zu Weihnachten und man kauft sie schon gar nicht übers Internet.

Ich wünsche Euch/Ihnen und Ihren Tieren frohe und gemütliche Feiertage!

Schärfere Regeln in der Fleischindustrie – Missstände beseitigen

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

Seit 2014 ist die Situation der Schlacht- und Fleischverarbeitenden Betriebe immer wieder Thema im schleswig-Holsteinischen Landtag. Die SPD Fraktion hat Anträge gestellt und Ausschussanhörungen auf den Weg gebracht. Seitdem wird deutlich, dass es in der Fleischindustrie mit ihrem undurchsichtigen Geflecht an Werkverträgen zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und unwürdiger Unterbringung der Arbeitnehmer*innen kommt. Damit haben wir uns sehr eingehend befasst und uns nachdrücklich für Verbesserungen eingesetzt. Der von der Fleischindustrie formulierte Verhaltenskodex und die freiwillige Selbstverpflichtung sind gescheitert.



Auch im Juni 2020 haben wir über die Situation der Arbeitnehmer*innen in Werkvertragsverhältnissen im Landtag diskutiert.

Die Antwort von Jamaika war ein windelweicher Alternativantrag der an den tatsächlichen Verhältnissen nichts änderte.

Durch das Engagement von ehrenamtlichen Engagierten, wie im Stützkreis Kellinghusen und in Kirchenkreisen sowie durch die Arbeit der Gewerkschaften, ist die Situation der Arbeitnehmer*innen immer wieder auch an die Öffentlichkeit gekommen. Aber erst das Infektionsgeschehen auf den Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung der Fleischindustrie während der Corona-Pandemie haben den Blick der Öffentlichkeit wie durch ein Brennglas auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der oft aus Osteuropa kommenden Mitarbeiter*innen im Werkvertragsverhältnis gelenkt.

Es war daher folgerichtig, dass der Bundesminister für Arbeit, Hubertus Heil, das Arbeitsschutzkontrollgesetz für einen verlässlichen Arbeitsschutz auch in der Fleischwirtschaft auf den Weg gebracht hat. Der Schutz der Gesundheit ist ein elementares Recht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Hier muss mit bundesweit einheitlichen Kontrollstandards und höheren Bußgeldern für verlässlichen Arbeitsschutz gesorgt werden. Die elektronische und manipulationssichere Aufzeichnung der Arbeitszeit muss Pflicht werden und der Einsatz von Fremdpersonal aus Werkvertragsverhältnissen beim Schlachten und Zerlegen wird verboten. Auch die Regelungen zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften werden verbessert.

In der 1. Lesung dieses Gesetzentwurfs im deutschen Bundestag hat die CDU/CSU Fraktion noch zugestimmt, die 2. Lesung wurde dann auf Betreiben von CDU/CSU von der Tagesordnung genommen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass hier die Lobby der Fleischindustrie das Gesetz verhindern will.

Das war für uns Grund genug, mit einem Antrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag insbesondere die CDU-Fraktion aufzufordern, mit dafür zu sorgen, dass das Arbeitsschutzkontrollgesetz jetzt endlich kommt.

Am 27.11.2020 gab es zum Arbeitsschutzkontrollgesetz eine Einigung der Koalitionsfraktionen im Bundestag.

Wir hoffen nun, dass das Arbeitsschutzkontrollgesetz der Bundesregierung die Ausbeutung endlich beendet. Mit der Umsetzung des Gesetzes und der Überwachungstätigkeit der Landesregierung werden wir uns dann in 2021 beschäftigen.

Ralf Stegner zu TOP 32,33,34: Schluss mit den Missständen in der Fleischindustrie!

<http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2020-06-17-10-11-43-5342/>

Schluss mit Werkverträgen in der Fleischindustrie – Gute Arbeitsbedingungen durchsetzen

Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2188

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02188.pdf>

*Arbeitnehmer*innenschutz in der Fleischindustrie vor Lobbyinteressen stellen – keine wertvolle Zeit bei der Umsetzung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes verlieren – Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2555*

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02500/drucksache-19-02555.pdf>

*Serpil Midyatli zu TOP 26, 28: Arbeitnehmer*innenschutz in der Fleischindustrie vor Lobbyinteressen stellen*

https://www.youtube.com/watch?v=frDI8J_-0U

<https://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2020-11-20-10-26-59-5c6b/>

*Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 26, 28: Arbeitnehmer*innenschutz in der Fleischindustrie vor Lobbyinteressen stellen*

<https://www.youtube.com/watch?v=KcoVICiN6fY>

Die Wasserstoffstrategie der Landesregierung - Brennen für ein Thema sieht wirklich anders aus!

Thomas Hölck, SPD-Landtagsabgeordneter

Die Landesregierung hat zur Novembersitzung des Landtages nun endlich eine lang angekündigte Wasserstoffstrategie vorgelegt. Nach den Strategien des Bundes und der Nordländer sowie Zielvorgaben einzelner Länder, hat Schleswig-Holstein jetzt auch eine Grundlage geschaffen. Ein Jahrhundertwerk ist dies allerdings nicht.

Grüner Wasserstoff ist die Kohle und das Öl der Zukunft und ein fundamentaler Schlüssel beim Gelingen der Energiewende und dem Erreichen der Klimaschutzziele. Als selbstverständlicher Teil der Energiewende, ist er in vielen Bereichen notwendig. Damit stellt sich die Frage, wo wir ihn einsetzen; denn von allen Seiten wird am Wasserstoff gezerzt.

Wir brauchen Wasserstoff in der Chemieindustrie, bei der Stahlproduktion, wir brauchen Wasserstoff als synthetischen Treibstoff im Flugverkehr und insgesamt für die Mobilität. Gerade für die deutsche Industrie ist grüner Wasserstoff häufig die einzige Alternative zu Kohle, Öl und Gas. Es geht darum, Industriestandorte und Arbeitsplätze zu sichern, zu halten und weiterzuentwickeln. Eine Deindustrialisierung infolge der Energiewende kann nicht gewollt sein.



Eine gute Wasserstoffstrategie ist eine entscheidende Möglichkeit, nicht nur die Energiewende, sondern auch die Industriegewende zu schaffen. Schleswig-Holstein hat die besten Voraussetzungen dafür, grünen Wasserstoff selbst zu produzieren und zu verwenden. Wir haben ausreichend erneuerbaren Strom, wir haben Speicherkapazitäten in Kavernen und ein gut ausgebautes Gasnetz.

Wasserstoff ist aber auch die Schlüsseltechnologie für die Mobilität der Zukunft. Luftfahrt, Schwerlastverkehr und Schifffahrt. Überall dort, wo Batterieantriebe an ihre Grenzen stoßen, führt kein Weg an Wasserstoff vorbei.

Die vorgelegte Wasserstoffstrategie birgt allerdings deutliche Defizite. Wer den Ausbau von grünem Wasserstoff fordert, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Es muss auch beschrieben werden, auf welchen Flächen und mit welchen Energieerzeugern der Strom erzeugt werden soll. Mit dem Bau von drei Windkraftanlagen an Land im ersten Halbjahr 2020 ist das jedenfalls nicht erreichbar.

So fehlt der Strategie ein zentraler Pfeiler. Es fehlt ein klares Bekenntnis zum Aufbau eines Wasserstoff-Kompetenzzentrums. Wir müssen uns der Notwendigkeit bewusst werden, dass wir Anwendungsforschung im ganz großen Stil betreiben müssen, um Unternehmen auch langfristig an Schleswig-Holstein zu binden oder um sie in dieses Land holen zu können.

Irritierend sind die Anmerkungen zum Wasserstoffimport im Bericht der Landesregierung. Es werden kommentar- und kritiklos die Hinweise aus der nationalen Wasserstoffstrategie übernommen, dass wir Wasserstoff im großen Stil importieren müssten. Dabei sollten wir doch zu allererst im eigenen Land

dafür sorgen, dass unser Potenzial ausgeschöpft und nutzbar gemacht wird, bevor wir über Importe nachdenken. Das tut die Strategie aber leider nicht.

Noch dramatischer ist der Hinweis zur Wettbewerbsfähigkeit der Wasserstoffherzeugung in Schleswig-Holstein. Im Bericht zur Wasserstoffstrategie heißt es:

„Da bei den Importen davon auszugehen ist, dass diese aus (ausländischen) Regionen mit besonderen Standortvorteilen kommen werden, stellt sich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der Wasserstoffherzeugung in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung geht dieser Frage im Gutachten ‚Regionale Wasserstoffherzeugung und -märkte‘ nach.“

Was soll das bedeuten? Heißt das, wenn die Landesregierung zu dem Ergebnis kommt, dass es sich nicht lohnt, diesen Wasserstoff in Schleswig-Holstein herzustellen, alles umsonst gewesen ist? Die Wasserstoffstrategie müsste sich damit beschäftigen, einen Weg zu finden, dass Wasserstoff hier wettbewerbsfähig produziert werden kann. Hier bleibt die Landesregierung eine Antwort schuldig und insofern ist dieser Passus wirklich ein Makel dieser Strategie, weil am Ende alles infrage gestellt werden kann.

Insofern müssen wir feststellen: Brennen für ein Thema sieht wirklich anders aus!

In der August-Tagung des Landtages wurde erneut deutlich, dass Jamaika die bisherige Zielsetzung des schleswig-holsteinischen Energiewende- und Klimaschutzgesetzes teilweise verfehlt hat und weiter verfehlen wird. Die bisherige Bilanz der Jamaika-Koalition stimmt uns besorgt, dass Jamaika die Wasserstoffstrategie nicht zum Erfolg führen wird.

Zum Nachmachen aus der Region – Bäume für das Klima

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Fast 150 Bäume hat der SPD Ortsverein Seretz auf der Fläche eines Landwirts aus der Gemeinde Ratekau gepflanzt. Immer nur über Klimaschutz zu reden war dem Ortsverein zu wenig. Sie wollten einen eigenen Beitrag leisten. Ein Landwirt unterstützte die Aktion und stellte eine schöne Fläche zur Verfügung. Dann wurde im Oktober angepackt und gebuddelt. Verschiedene Eichen, Birne, Apfel und andere passende Sorten wurden gepflanzt.

Gut für das Klima und eine wirklich schöne Idee.



Herzlichen Glückwunsch BUND Schleswig-Holstein

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Seit 40 Jahren gibt es den Bund für Umwelt und Naturschutz in Schleswig-Holstein. Das gesellschaftliche und zugleich auch politische Engagement ist nach wie vor ungebrochen. Der BUND setzt sich in vielen umweltpolitischen Bereichen ein und ist auch im aktiven Naturschutz tätig. Damit hat der BUND maßgeblichen Anteil an der ökologischen Gestaltung unserer Gesellschaft. Und wenn wir ehrlich sind, sind in diesem Bereich oft besonders dicke Bretter zu bohren.

Der BUND ist Mahner und Ideengeber zugleich. Durchaus streitbar setzt er sich laut für die Interessen der Natur ein und hat damit immer wieder auch Erfolg.

Wir gratulieren zum 40 jährigen Bestehen und wünschen viel Erfolg bei der weiteren Arbeit! Vielen Dank für dieses wichtige Engagement!



(v.l.n.r.): Ole Eggers, Landesgeschäftsführer und
Claudia Bielfeldt, Landesvorsitzende

Liebe Genoss*innen und liebe Europa-Interessierte,

das Jahr 2020 nähert sich dem Ende. Es war ein Jahr voller Herausforderungen – auch für uns im Europäischen Parlament. Nach kurzer, anfänglicher Unterbrechung ging die Arbeit aber größtenteils digital weiter und so gab es auch auf europäischer Ebene einige wichtige Entwicklungen aus umweltpolitischer Sicht in diesem Jahr.

Da wäre zunächst die neue EU-Artenschutzstrategie, welche die EU-Kommission bereits im Mai vorgestellt hat. Darin werden Maßnahmen angekündigt, mit denen der Zustand der Natur bis zum Jahr 2030 verbessert werden soll. Diese Strategie könnte ein Meilenstein für den Naturschutz in der EU werden – wenn die nationalen Regierungen und das Europäische Parlament sie unterstützen.

Oder die „Vom Hof auf den Tisch“ Strategie, mit der das europäische Lebensmittelsystem nachhaltiger werden soll. Zwar dreht sie an einigen wichtigen Stellschrauben, insgesamt bleiben viele Ankündigungen jedoch eher vage und der „ganz große Wurf“ ist ohne eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nicht möglich. Leider stimmte eine Mehrheit des europäischen Parlaments im Oktober dann für einen Kompromiss zur Reform der GAP, der diese weder mit dem Green Deal, der zuvor genannten „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie, dem Artenschutz oder den Pariser Klimazielen verbindet. Für uns als SPD Europa war dieser Kompromiss nicht tragbar.

Und dann war da noch der Vorschlag der Kommission für ein neues EU-Klimagesetz, welchen Kommissar Frans Timmermans im Frühjahr präsentierte. Hier fordern wir als Parlament einige Nachbesserungen. Am wichtigsten: Wir fordern, dass jeder Mitgliedsstaat bis 2050 klimaneutral ist und wir bis 2030

mindestens 60% an Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 einsparen. Kommission hatte lediglich 55% vorgeschlagen.

Nicht zuletzt wurde mein Bericht zu entwaldungsfreien Lieferketten im Oktober vom Europäischen Parlament angenommen! Darin fordere ich verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette. Heißt: Unternehmen sollen nachweisen, dass ihre Produkte nicht zu Entwaldung beigetragen haben. So können wir als EU unseren globalen Entwaldungs-Fußabdruck reduzieren.

Bei vielen dieser Themen laufen die Verhandlungen aber noch. Deswegen ist der Blick auf das, was uns im kommenden Jahr erwartet, umso spannender.

Wie wird es im kommenden Jahr weitergehen?

Noch in diesem Dezember wollen sich die Staats- und Regierungschef*innen auf eine gemeinsame Position zum Klimagesetz einigen. Dann könnten im nächsten Jahr die Verhandlungen zwischen Kommission, Mitgliedsstaaten und EU-Parlament losgehen.

Das EU-Klimagesetz gibt jedoch nicht vor, wie hoch der Beitrag jedes einzelnen EU-Mitgliedsstaates zu dem neuen 2030-Klimaziel sein soll. Auch gibt das EU-Klimagesetz nicht vor, welchen Beitrag jeder einzelne Sektor leisten soll. Diese Aufteilungen werden mit sektor spezifischen Vorschlägen der Europäischen Kommission im Sommer 2021 folgen. Dabei wird es dann um Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Emissionen im Verkehrssektor, Gebäudeisolierungen und viele weitere Themen gehen.

Auch hinsichtlich des Themas Lieferketten werden gleich zwei Vorschläge von der Kommission erwartet. Nachdem das Europäische Parlament mit meinem Bericht bereits klar gemacht hat, was für uns in ein Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten gehört, wird Umweltkommissar Sinkevičius im nächsten Jahr seinen Vorschlag hierfür vorlegen. Hier werden wir natürlich besonders darauf schauen, wo die Kommission unseren Vorschlägen folgt – und wo nicht. Darüber hinaus wird noch im Frühjahr des nächsten Jahres damit gerechnet, dass auch Justizkommissar Reynders einen Vorschlag für ein Lieferkettengesetz vorlegen wird. Hierbei wird es sich um einen allgemeineren, branchenübergreifenden Vorschlag handeln, mit dem Menschenrechts- und Umweltstandards branchenübergreifend in den Lieferketten gewährleistet werden sollen.

Und dann steht auch noch die Einigung zum EU-Haushalt und EU-Wiederaufbauprogramm aus. Wenn es hier zu einer Einigung kommt und das Wiederaufbauprogramm, wie geplant, ab Frühjahr 2021 den Mitgliedsstaaten zur Verfügung steht, werden diese viele Milliarden Euro erhalten, um den sozial-ökologischen Wandel in Europa voranzutreiben – auch in Schleswig-Holstein.

Also: Auch das kommende Jahr hält einige spannende Entwicklungen bereit.

Nach diesem Jahr voller neuer Herausforderungen für uns alle, wünsche ich uns alle aber erst einmal ruhige und besinnliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2021.

Eure Delara Burkhardt,
SPD-Europaabgeordnete



Bundestag beschließt Plastiktütenverbot

Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagsabgeordnete

Am 26.11.2020 hat der Bundestag im Wege einer Novelle des Verpackungsgesetzes ein Plastiktütenverbot beschlossen, um einen deutlichen Rückgang im Verbrauch von Plastiktüten zu erzielen. Plastiktüten mit einer Wandstärke von weniger als 50 Mikrometern, die oftmals kein zweites Mal verwendet und zu häufig unsachgemäß weggeworfen werden, sind künftig verboten. Ausgenommen von dem Verbot sind leichte Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke von weniger als 15 Mikrometern, die man häufig im Obst- und Gemüsebereich findet. Ansonsten wäre zu befürchten, dass Lebensmittel weniger lose verkauft werden und stattdessen stärker vorverpackt angeboten würden.

Die im Jahr 2016 geschlossene Vereinbarung zwischen dem Umweltministerium und dem Handel hat zwar bereits zu einem Rückgang von leichten Kunststofftragetaschen von 68 auf ca. 20 Tragetaschen pro Person und Jahr geführt. Weitere Reduktionen sind aber nötig und möglich. Durch die Gesetzesänderung ist der Handel nun in der Pflicht, auf Plastiktragetaschen der genannten Art zu verzichten. So kann auch die Wegwerfmentalität eingegrenzt werden, die sich längst in den unterschiedlichsten Lebensbereichen eingenistet hat - so es bei Möblierung, Kleidung, dem Kaffee oder Snack zwischendurch oder eben auch beim Einkaufen. Über das Verbot von Plastiktüten bekommen zudem Alternativen einen Raum, insoweit auf den Ersatz zur Tüte der Sache nach nicht gänzlich verzichtet werden kann. Darüber wird Investitionssicherheit und Abnahmegarantie für Recyclingprodukte und andere Verkaufsdarbietungen gestärkt.



Die Plastiktüte ist allerdings nur ein Teil dessen, was sich im Kontext von Verpackungen mit Blick auf deren negative Umweltrelevanz verändern muss. Weitere, wie schärfere Maßgaben des Produktdesigns in Fragen des Schadstoffgehalts von Verpackungsprodukten, deren Ressourcenintensität, Gesundheits- oder Klimaschädlichkeit müssen folgen.

Zudem besteht auch im Bereich längst etablierter Systeme Reformbedarf. So ist das Pfandsystem inzwischen sehr durchlöchert, da es mit immer neuen Produktgrößen umgangen wird. Es gilt die Anreize und Normen für Wiederverwertbarkeit, Reparierbarkeit und Mehrwegsysteme deutlich zu erhöhen. Die Recyclingfähigkeit einzusetzender Ressourcen muss - wo technisch und der Anwendung nach möglich - allgemeingültige Norm werden.

Eine weitere Herausforderung stellt die Schnelllebigkeit der technischen Fortentwicklung dar. Wer als Produktentwickler und Produzent im weltweiten Wettbewerb mithalten möchte, ist auf den Verkauf von Neuerungen angewiesen, um deren Entwicklung zu refinanzieren. Insofern reicht es zur Verfolgung von langlebigen Produkten nicht, auf die Eigenverantwortung von Unternehmen zu setzen. Es gilt hingegen, diejenigen Marktteilnehmer zu schützen, die eben dieses Ziel verfolgen, allerdings dem Konkurrenzdruck von weniger langlebigen, dafür aber innovativeren Produkten schwer oder nicht standhalten können.

Wenn eine Gesellschaft es ernst meint, Wegwerfprodukten etwas entgegen zu setzen, müssen die Rahmenbedingungen gewährleisten, dass die sich schnell abnutzende und zum Neukauf veranlassende elektrische Zahnbürste mit Plastikmechanik keinen Marktvorteil gegenüber solchen mit Metallmechanik haben, die länger haltbar ist, da sie sich weniger abnutzt, dann aber auch nach kürzerer Zeit nicht mehr das innovativste Modell sein mag.

Sanktioniert werden sollte die Herstellung von Produkten, die gar auf Verschleiß oder anderweitige Funktionsstörungen nach Ablauf der Gewährleistungsfrist ausgerichtet sind. Hierbei geht es nicht nur um Fragen der Umkehr heute bestehender Kaufanreize (Wegwerfmentalität), sondern auch um Produkttransparenz: Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Erwartungshaltung haben dürfen, dass Produkte auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist noch über viele Jahre nutzbar sind. Andernfalls würde aus der Gewährleistungsfrist ein "Haltbarkeitsdatum". Wenn die Funktionsfähigkeit eines Produktes gezielt limitiert wird, werden Verbraucher*innen über die Qualität des Produktes getäuscht. Das muss rechtlich ausgeschlossen werden.

Das Verbot von Plastiktüten ist ein weiterer Schritt zur Reduktion unseres CO₂-Fußabdrucks. Auch wenn im konkreten Fall ausschließlich Tragetaschen adressiert werden, setze ich mich weiterhin dafür ein, Plastik auch an anderen Stellen zu ersetzen oder zu vermeiden, beispielsweise im Zusammenhang mit Werbesendungen im Briefkasten. Für eine Vermeidung solcher Plastikverpackungen hat sich etwa der SPD-Kreisverband Herzogtum Lauenburg ausgesprochen.

Die Vermeidung ist dabei ohnehin in vielen Bereichen der ressourcenschonendste Weg. Denn auch Alternativen wie Papiertüten richten in der Umwelt zwar weniger Schaden an, sind in ihrer Herstellung jedoch oft nicht weniger energieaufwändig als Plastiktüten.



Daher gilt zur Müllvermeidung grundsätzlich: Reduce, reuse, recycle – also zunächst unnötige Verpackungen reduzieren, vorhandene Verpackungen wiederverwenden und erst als letzten Schritt nicht mehr nutzbare Verpackungen dem Recycling-Kreislauf zuzuführen. Damit Recycling funktioniert, muss die Recyclingfähigkeit von Plastik allgemeingültige Norm werden.

Umweltforum – Politischer Kompetenz-Partner des AK Umwelt, Energie und Ländliche Räume

Wolfgang Vogel, Sprecher des SPD-Umweltforums

Das Umweltforum (UfO) ist für die Mitglieder des AK Umwelt, Energie und Ländliche Räume seit seiner Gründung vor fast 25 Jahren Plattform für den fachpolitischen Transfer. Nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft lokal und global hängt von der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und seiner Dienstleistungen für die Gesellschaft ab. Ganzheitliche Politik muss von diesen Rahmenbedingungen ausgehend die sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen formulieren. Klimawandel und Artensterben sind existenzielle Signale, dass Natur- und Umweltpolitik diesen zukunftsgerichteten Auftrag verstärkt in Sozial- und Wirtschaftspolitik einbringen muss.

Mut zur Zukunftsgestaltung bedeutete der Beschluss unserer Partei aus der Kernenergie auszusteigen und in die Windenergie einzusteigen. Arbeit und Umwelt sind für uns schon immer ein ganzheitlicher

politischer Ansatz. Die Ergebnisse sind heute sichtbar beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Aber auch die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie verbundenen Fragestellungen wie, wo bleiben wir beim Rückbau der Kernkraftanlagen mit dem Bauschutt. Selbst die Frage der Endlagerung, die mit einer ergebnisoffenen Standortsuche auch potenzielle geologische Standortmöglichkeiten in Schleswig-Holstein mit einbezieht, steht auf der Tagesordnung. Das Umweltforum und der FAK Umwelt, Energie und Ländliche Räume werden diese Themen gemeinsam bearbeiten. Energiewende und Klimaschutz, Artenverlust und Erhalt der Biodiversität sind Themen, die Einfluss auf die Gemeinsame neue Agrarpolitik (GAP) der EU von 2021 bis 2027 und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDG's) der UN bis 2030 haben.

Mit dem neuen Format „Video-Konferenz“ kann der Meinungs austausch zu den Themen und die politische Arbeit des UfO mit dem FAK unterstützt werden. Positive ökologische Wirkungen und mit dem Format auch verbundener reduzierter Zeitaufwand sprechen dafür. Am schönsten ist jedoch die Begegnung vor Ort. In diesem Sinn wünsche ich allen ein besinnliches und gesundes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2021!

Screenshot eines Zoom-Meeting des Arbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume:



(v.l.n.r.): 1. Reihe: Stefan Weber, Kerstin Metzner, Mareike Overbeck

2. Reihe: Florian Lünzmann, Thomas Hölck, Enes Davides

3. Reihe: Kirsten Eickhoff-Weber, Sandra Redmann

Reden und Anträge von Oktober bis Dezember 2020**Oktober**

Thomas Hölck zu TOP 62 am 28.10.2020: Jamaikas Wasserstoffstrategie birgt deutliche Defizite

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-28-10-48-22-7625/>

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 48 am 28.10.2020: Kein Kniefall vor der Fleischlobby!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-28-12-25-19-7db5/>

Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2510

Aktuelle Situation der schweinehaltenden Betriebe in Schleswig-Holstein in Folge von Corona und Afrikanischer Schweinepest (ASP)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02500/drucksache-19-02510.pdf>

Thomas Hölck zu TOP 26 am 28.10.2020: Endlagersuche: Die Debatte muss ergebnisoffen geführt werden

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-28-17-14-51-14d2/>

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD; Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Abgeordneten des SSW – Drucksache 19/2430

Gemeinsam Verantwortung zur Endlagersuche wahrnehmen

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02400/drucksache-19-02430.pdf>

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 38 am 29.10.2020: AfD-Antrag zu Wildgänsen: undifferenziert und von wenig Sachkenntnis geprägt

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-29-16-07-54-7002/>

November

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 19 am 19.11.2020: Jamaikas Vorhaben wird der EU-Nitratrichtlinie wieder nicht gerecht

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-11-19-15-40-41-13f8/>

Ralf Stegner zu TOP 36 am 20.11.2020: Stets bemüht ist für den Klimaschutz zu wenig!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-11-20-12-09-32-6428/>

Dezember

Stefan Weber zu TOP 22 am 11.12.2020: Notleidenden Tieren helfen – Förderungen an die Realität der Tierheime anpassen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-12-11-13-25-19-100e/?tVon=01.12.2020&tBis=16.12.2020&qu=stefan+weber>

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW – Drucksache 19/2610
Neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren für Schleswig-Holstein erlassen

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02600/drucksache-19-02610.pdf>

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion - Arbeitskreis Umwelt, Energie, ländliche Räume
Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises
Mareike Overbeck, Referentin des Arbeitskreises
Marie Strake, Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel

Tel.: 0431 / 988 – 1330

E-Mail: m.overbeck@spd.ltsh.de